

Pressemitteilung

Für Nachrichtenredaktionen
6. April 2022

Warnhinweis der Polizei vor gefährlichen Postsendungen

Das Polizeipräsidium Mittelfranken warnt nach einer Stichflamme aus einer Briefsendung in einer Filiale der Commerzbank in Nürnberg vor gefährlichen Postsendungen. Zwischenzeitlich geht die Polizei davon aus, dass dieses Ereignis zu einem Erpressungsfall gegen die Commerzbank gehört und dass vom bislang unbekanntem Täter weitere derartige Sendungen in Umlauf gebracht werden könnten, die sich gezielt gegen Filialen der Commerzbank und deren Kunden richten.

Wir bitten um Beachtung der [Presseinformation der Polizei](#) und der darin enthaltenen Verhaltenshinweise.

Pressekontakt

Silvana Herold	+49 69 136-46646
Sascha Ullrich	+49 69 136-82349
Erik Nebel	+49 69 136-44986

Über die Commerzbank

Die Commerzbank ist die führende Bank für den Mittelstand und starker Partner von rund 28.000 Firmenkundenverbänden sowie rund 11 Millionen Privat- und Unternehmerkunden in Deutschland. In zwei Geschäftsbereichen – Privat- und Unternehmerkunden sowie Firmenkunden – bietet die Bank ein umfassendes Portfolio an Finanzdienstleistungen. Die Commerzbank wickelt rund 30 Prozent des deutschen Außenhandels ab und ist im Firmenkundengeschäft international in knapp 40 Ländern vertreten. Die Bank konzentriert sich auf den deutschen Mittelstand, Großunternehmen sowie institutionelle Kunden. Im internationalen Geschäft begleitet die Commerzbank Kunden mit einem Geschäftsbezug zu Deutschland und Unternehmen aus ausgewählten Zukunftsbranchen. Privat- und Unternehmerkunden profitieren im Zuge der Integration der comdirect von den Leistungen einer der modernsten Onlinebanken Deutschlands in Verbindung mit persönlicher Beratung vor Ort. Die polnische Tochtergesellschaft mBank S.A. ist eine innovative Digitalbank und betreut rund 5,5 Millionen Privat- und Firmenkunden überwiegend in Polen sowie in der Tschechischen Republik und der Slowakei. Im Jahr 2021 erwirtschaftete die Commerzbank mit rund 46.500 Mitarbeitern Bruttoerträge von rund 8,5 Milliarden Euro.